Posen

Die Struktur der Provinz

Die Entwicklung der Bevölkerung

Die Provinz Posen war im Jahre 1912 28 971 Quadratkilometer groß und zerfiel in die Regierungsbezirke Bromberg und Posen. Bei der letzten Volkszählung vor dem Ersten Weltkriege 1910 hatte Bromberg 763 947 Einwohner, Posen 1 335 884.

Die Provinz war ihrer geringen Bodenschätze wegen von je agrarisch bestimmt gewesen. Deshalb ist in ihr ein stärkerer Verstädterungsprozeß nicht eingetreten.

Im Jahre 1819 wohnten im Regierungsbezirk Bromberg in den Städten 71 124 und in den Landgemeinden 208 236 Personen. Es konnte theoretisch nur ein Viertel der Bevölkerung als Städter angesprochen werden, aber selbst in der Bezirkshauptstadt Bromberg betrieb mehr als die Hälfte aller Haushalte nebenher noch Landwirtschaft. Es gehörten auch Vollerwerbshöfe mit z. T. beachtlichem Umfang zur Stadt 1. So ist z. B. der langjährige Landtagsabgeordnete der Stadt Bromberg, Hempel, der Besitzer des größten Gutes im Stadtgebiet gewesen. Auch die Kaufleute und Handwerker waren größtenteils noch Nebenerwerbslandwirte.

In den kleinen Städten des Regierungsbezirks, Bromberg war mit 4000 Einwohnern die größte, war der Unterschied zwischen Dorf und Stadt noch weniger zu merken. Das alte Königreich Polen war mit der Verleihung von Stadtrechten sehr viel großzügiger als Preußen, so daß Siedlungen Stadtrechte bekamen, die in Preußen nicht einmal Flecken geworden wären. Die preußische Regierung befolgte aber ihre Zusicherung, die von den polnischen Königen verliehenen Rechte zu achten, weshalb Posen die Provinz der Zwergstädte war. Ein Vergleich der Stadt- und Landbevölkerung ist daher bis 1914 nur mit Vorbehalten möglich.

Im Jahre 1910 wohnten in den Städten des Regierungsbezirks Bromberg 262 548, in den Landgemeinden 501 399 Personen. Die Stadtbevölkerung war also von 1819 bis 1910 nur von 25 auf 34,4 v. H. gestiegen. In Posen lauteten die entsprechenden Zahlen für 1910 459 528 und 876 356. Der Anteil der Stadtbevölkerung stieg hier von 29,6 auf 34,5 v.H. der Gesamteinwohner-

¹ Meinhardt, Günther: Bromberg. Heimatbuch des Stadt- und Landkreises Bromberg. Wilhelmshaven 1973.

schaft des Regierungsbezirks². Posen hatte damit die geringste Verstädterungsrate in ganz Preußen aufzuweisen. Die Bevölkerungsdichte stieg von 1816 bis 1910 im Regierungsbezirk Posen von 33 auf 76 und in Bromberg von 21 auf 67 Personen auf den Quadratkilometer³.

Die einzige Großstadt der Provinz war im Jahre 1914 Posen mit 155 000 Einwohnern, während Bromberg mit 56 600 nur Mittelgröße besaß. In diese Klasse gehörten nur noch Schneidemühl mit 27 000, Hohensalza mit 26 000 und Gnesen mit 25 000, während alle anderen nur als Kleinstädte bezeichnet werden konnten, wenngleich sie natürlich als Verwaltungssitze und Einkaufszentren ihrer Landkreise von erheblicher lokaler Bedeutung waren.

Posen ist die preußische Provinz mit der stärksten Abwanderung gewesen. Von 1843—1910 wanderten rd. 889 500 Personen ab 4. Die überseeische Auswanderung war stark. Es traten 267 223 Posener den Weg in die neue Welt an 5.

Die Landwirtschaft

Im Jahre 1907 gab es in der Provinz Posen an landwirtschaftlichen Betrieben 6:

Größenklasse	Zahl der	Wirtschaftsfläche
in ha	Betriebe	in ha
unter 2 ha	112 956	69 414
2—5 ha	25 888	103 812
5—20 ha	51 065	656 7 21
20—100 ha	12 738	550 167
100 ha und mehr	2 305	1 175 364
	204 952	2 555 478

Bei den Bodenverhältnissen der Provinz können nur Betriebe über 100 ha als großbäuerlich bezeichnet werden. Es überwog also der klein- und mittelbäuerliche Besitz. Dies ist allerdings als Ergebnis einer Umschichtung anzuschen, die 1895 einsetzte. Bei der Betriebszählung jenes Jahres hatte die Fläche der großen Betriebe noch 1 429 610 ha bei einer Gesamtfläche von 2 603 056 ha betragen. In den zwölf Jahren wurden aber 300 Großbetriebe mit 254 246 ha aufgelöst und parzelliert, wobei die Größenklasse der Höfe von 5—20 ha 168 589 ha, die von 20—100 ha 19 534, die von 2—5 ha 15 879 und die unter zwei ha großen 2 666 ha dazu bekamen 7.

² Rogmann, S. 194.

³ ebenda, S. 202.

⁴ ebenda, S. 234.

⁵ ebenda, S. 237.

⁶ Wagner, Hermann: Die Land- und Forstwirtschaft in Posen und Westpreußen. Sonderdruck aus: "Die deutsche Ostmark", Lissa 1913. Hier S. 1.

⁷ ebenda.

Es liegt nahe, in dieser Entwicklung den Einfluß der Ansiedlungskommission zu sehen, die seit 1882 Güter aufkaufte, parzellierte und an deutsche Siedler zum Selbstkostenpreis unter Gewährung erheblicher Beihilfen weitergab.

Die meisten Siedler stammten übrigens nicht aus der Provinz. Als Beispiele mögen drei Siedlungen im Kreise Witkowo gelten. In Janowitz, Dornbrunn und Ritscherheim siedelten 117 Deutsche. Von diesen kamen 23 aus Sachsen, 18 aus Westfalen, zwei aus Hannover, einer aus dem Rheinland, vier aus Hessen, einer aus Württemberg, einer aus Bayern, drei aus Braunschweig, fünf aus Anhalt, vier aus Brandenburg, zwölf aus Pommern, vierzehn aus Posen, zehn Rückwanderer aus Rußland und zwei Deutsche aus Österreich-Ungarn 8.

Der Zweck, den deutschen Bevölkerungsanteil der Provinz zu heben, wurde nur zum Teil erreicht, zumal die völlig sinnlose Vorschrift bestand, daß Kinder von Siedlern keine neue Stelle bekommen könnten. Deshalb wanderten diese in vielen Fällen nach Erreichung der Volljährigkeit ab. Ein zweiter Fehler war es, aus Posen gebürtige deutsche Jungbauern bei Übernahme einer Siedlerstelle schlechter zu stellen als Nichteinheimische, obwohl diese mit den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft im zweisprachigen Grenzgebiet besser vertraut waren und deshalb weniger Lehrgeld zu zahlen hatten ⁹.

Natürlich war die Schlechterstellung der Einheimischen auch nicht gerade ein Mittel, sie auf dem Lande zu halten. Die Abwanderung der überschüssigen Bevölkerung wurde durch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission keineswegs gehemmt. Vor allen Dingen nützte es gar nichts, Deutsche aus anderen Reichsteilen hier neu anzusiedeln, wenn einheimische Deutsche abwanderten.

Die Polen wehrten sich gegen die Ansiedlung Deutscher mit der gleichen Waffe, indem sie durch Siedlerbünde im Privatbesitz befindliche Güter, sei es von Deutschen oder Polen, kauften, parzellierten und polnische Bauern darauf ansetzten. Während die Ansiedlungskommission von 1896 bis 1904 24 969 Bauernstellen auf 240 076 ha bei einer Durchschnittsgröße von rd. zehn ha gründete, siedelten die Polen 35 486 Bauern auf 150 924 ha an, wobei nur 4,3 ha auf den Siedler kamen, bei denen es sich aber um anspruchslose polnische Kleinbauern handelte.

Da beide Seiten das Kleinbauerntum förderten, denn auch die von der Ansiedlungskommission aufgesiedelten Höfe gehörten zu dieser Größenordnung, war es selbstverständlich, daß das bäuerliche Genossenschaftswesen einen erheblichen Auftrieb bekam. Es reichte von der Bullenhalter- und Dreschmaschinengenossenschaft bis zur Molkerei, Spar- und Darlehenskasse und zu Raiffeisenverbänden.

Die ersten Banken für Handel und Gewerbe nach dem System von Schulze-Delitzsch wurden 1860 in Thorn und Bromberg und 1861 in Lissa gegründet. Ebenfalls 1861 entstand auf Anregung des polnischen kaufmännischen Vereins

⁸ Hangen, F.: Landwirtschaftliche Gesellschaftsreise durch Posen und Westpreußen. Berlin 1909. Hier S. 17.

⁹ ebenda, S. 12.

in Posen als erste polnische Kreditgenossenschaft die bank przemyslowcow (Bank der Gewerbetreibenden) 10. Damit waren die Weichen für eine Entwicklung gestellt, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges charakteristisch für das Gebiet der Provinz wurde, es gab für die beiden Sprachgruppen getrennte Vorschuß-Kassen-Organisationen. Hierbei ist zu bemerken, daß die deutschen Vereinigungen grundsätzlich Polen aufnahmen, die polnischen dagegen keine Deutschen. Es hat aber zahlreiche Fälle gegeben, in denen Polen es vorzogen, Mitglieder deutscher Spar- und Darlehensvereine zu werden, obwohl im gleichen Ort auch eine polnische Genossenschaft existierte. Es kam sogar vor, daß in deutschen Organisationen die Mehrheit von Polen gestellt wurde 11. Die Juden standen dem Kreditkassenwesen zunächst mißtrauisch gegenüber, haben sich aber später an den deutschen Genossenschaften beteiligt 12.

Auch ländliche Genossenschaften entstanden, die erste in der deutschen Bauerngemeinde Feuerstein bei Lissa im Jahre 1885 ¹³. Diese arbeitete nach dem System Raiffeisens, das nunmehr auch in Posen Eingang fand. Hierbei muß aber bemerkt werden, daß eine reinliche Trennung zwischen den städtischen Kreditvereinen nach Schulze-Delitzsch und ländlichen Spar- und Darlehenskassen nach Raiffeisen unmöglich war, weil in den kleineren Städten auch die Handwerker und Gewerbetreibenden ihrer nebenher betreuten Landwirtschaft wegen den Beitritt in eine ländliche Genossenschaft vorzogen ¹⁴. Das Kreditgeschäft der Spar- und Darlehenskassen erstreckte sich daher bei den Raiffeisenverbänden auch auf Gebiete, die im Reichsinneren den nach Schulze-Delitzsch arbeitenden Vereinen vorbehalten waren. Nur in den größeren Städten konnten Vereinigungen nach dem letztgenannten System arbeiten.

Für den deutschen Bevölkerungsanteil des flachen Landes war es selbstverständlich ein großer Vorteil, daß ihre Spar- und Darlehenskassen alle Dienstleistungen ausführen konnten.

Im Jahre 1913 existierten in der Provinz 506 landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften, 86 Genossenschaftsmolkereien, 9 -brennereien, 36 für Bezug und Absatz, zwölf für Viehverwertung und 50 sonstige ¹⁵. Die 506 Kreditgenossenschaften hatten 49 634 Mitglieder, ein Eigenvermögen von 5 029 000 Mark, Einlagen in Höhe von 51 808 000 Mark und ausstehende Kredite in Höhe von 57 583 000 Mark. Die beiden Warenzentralen hatten einen Umsatz von 32 000 000 Mark ¹⁶.

Im Jahre 1910 hatten die 37 Vorschußvereine der Provinz Posen rund 23 000 Mitglieder, von denen die Hälfte ebenfalls Landwirte waren, eine Bilanzsumme von rd. 40 Millionen Mark ¹⁷.

¹⁰ Swart, Friedrich: Diesseits und jenseits der Grenze. Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land und das deutsch-polnische Verhältnis bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Leer 1954. Hier S. 14. 11 ebenda, S. 15. 12 ebenda, S. 14. 15 ebenda, S. 14.

¹⁴ ebenda, S. 15. In den kleineren Städten waren in den Vorschußvereinen mehr als die Hälfte der Mitglieder Bauern.

¹⁵ ebenda, S. 55. 16 ebenda, S. 56. 17 ebenda, S. 15.

Die größte landwirtschaftliche Genossenschaft bestand vor Kriegsausbruch in Janowitz, die ihren Kern in Siedlern fand, die durch die Ansiedlungskommission ins Land gekommen waren. Dort bestanden eine Molkerei-, eine Kornhaus-, eine Warenhausgenossenschaft und eine Spar- und Darlehenskasse. Die Siedler wurden in vielen Fällen dadurch zu Gründern von Genossenschaften, daß sie Molkereien und Brennereien der aufgelösten Güter genossenschaftlich weiterbetrieben ¹⁸.

Der größte städtische Vorschußverein bestand in der Provinzhauptstadt Posen. Auch er zählte etwa 1000 Mitglieder ¹⁹.

Die Industrie

In der Provinz Posen bestanden Industriebetriebe nur in Formen, die noch Übergänge vom Handwerk zur Großfertigung zeigten. Als Beispiel mag hier die "Erste ostdeutsche Fahrrad- und Motorwagenfabrik Stadie-Bromberg" angeführt werden, die von 1898 an jährlich höchstens 200 Fahrräder, zwischen fünf und zehn Motorräder und auch einige Automobile baute und eine Belegschaft von durchschnittlich 60—70 Köpfen zählte. Was hergestellt wurde, war beste Handarbeit, jede Fahrradspeiche wurde sorgfältig mit der Hand eingesetzt, als südwestdeutsche Großhersteller längst zur Maschinenarbeit bei der Massenproduktion übergegangen waren 20. Dennoch war der Betrieb für ostdeutsche Verhältnisse eine Fabrik.

In Posen und Bromberg bestanden Werkzeug- und Maschinenfabriken, auch Eisenbahnreparaturwerkstätten waren vorhanden, und eine Reihe kleinerer Betriebe stellte Geräte für voll- und schmalspurige Eisenbahnen her. In Bromberg existierten Flußschiffwersten und Betriebe, die Einrichtungen für Zuckerfabriken, Sägewerke und Ziegeleien herstellten.

Eine bedeutende Rolle spielte der Regierungsbezirk Bromberg im Holzhandel, weil große Holzmengen, die in den Karpaten und an den Nebenflüssen der Weichsel geschlagen wurden, bis zur deutschen Grenze geflößt und dann entweder in den Sägewerken des Kreises Bromberg verarbeitet oder über den Bromberger Kanal noch ins Innere Deutschlands gebracht wurden. Die Sägewerke an der Weichsel und Brahe waren schon vor 1914 in die Größe von Industriebetrieben hineingewachsen.

Schwerindustrie konnte hier nicht rentabel aufgebaut werden, weil Erze wie Kohlenvorkommen fehlten. Das Rückgrat des Wirtschaftslebens blieb die Landwirtschaft und die sich aus ihr entwickelnde Industrie. Die geographische Lage machte die Provinz zu einer wichtigen Vermittlerin des Handels zwischen Schlesien und Ostpreußen, aber auch zwischen Mitteldeutschland und Russisch-Polen. Es war daher naheliegend, solche Industrien zu entwickeln, die an den Handel und den Verkehr der Provinz gebunden waren.

¹⁸ Ströbele: Eine Fahrt in die Ansiedlungsgebiete in Posen und Westpreußen. Berlin 1911. Hier S. 13.

¹⁹ Swart, S. 16.

²⁰ Meinhardt, Günther: Heimatbuch des Kreises Bromberg. Wilhelmshaven 1973.

Die Arbeiterfrage

Posen nahm nach 1871 einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung. Bereits im Jahre 1900 stand es unter allen preußischen Provinzen im Hopfenanbau an erster, in Winterroggen an zweiter und in Sommergerste und Kartoffeln an dritter Stelle ²¹. Im Zuckerrübenanbau rückte Posen bis 1913 an die zweite Stelle ²².

Alle diese Feldfrüchte verlangten vor 1914 in Pflege und zur Ernte viel Handarbeit, weshalb die Güter auf polnische Saisonarbeiter angewiesen waren, die zu einem erheblichen Teil in der Provinz blieben, zu einem anderen in die westdeutschen Industriegebiete wanderten. Die Zahl der polnischen Arbeitnehmer stieg in der Landwirtschaft ständig, und ebenso waren in den wenigen Industriebetrieben in steigender Zahl Polen zu finden.

Charakteristisch waren für die Provinz ein zahlenmäßig sehr starkes polnisches Kleinbauerntum, das durchweg auf Nebenverdienst als Saisonarbeiter angewiesen war, ferner große polnische Güter, aber das Fehlen eines entsprechend starken Handwerkerstandes mit einer deutschen Verhältnissen gleichkommenden Arbeitnehmerschaft²³. Es fehlte auch ein polnisches Großbürgertum. Im Handel waren hauptsächlich Deutsche und Juden tätig.

Während in der Landwirtschaft zahlreiche polnische Großgrundbesitzer als Arbeitgeber auftraten, verschob sich dieses in der Industrie, dem Handel und dem Verkehr stark zugunsten der Deutschen und Juden. Hervorzuheben ist, daß nach 1871 polnische Großgrundbesitzer und Unternehmer Arbeitskräfte ihrer Muttersprache bei Anstellungen bevorzugten, während Deutsche und Juden keinen Unterschied in der Volkszugehörigkeit ihrer Arbeitnehmer machten. In einer zweisprachigen Provinz benötigten sie Angestellte und Arbeiter aus beiden Bevölkerungskreisen 24. Es gab eine Reihe von Stellen, die nur von Polen ausgefüllt werden konnten, wie etwa die der an den Landeplätzen von Floßholz beschäftigten Aufseher, denn wer konnte sich sonst mit den aus Innerpolen kommenden Flößern verständigen?

In den Jahren zwischen 1871 und 1914 fand eine standortbedingte Schichtung der Arbeiterschaft statt. Im südlichen Teil der Provinz, also dem Regierungsbezirk Posen, gewann der Hackfruchtbau, namentlich von Zuckerrüben und Kartoffeln, ständig an Bedeutung, zumal Berlin und die mitteldeutschen Industriegebiete sich als Abnehmer anboten. Diese Feldfrüchte bedingten den Einsatz zahlreicher Arbeitskräfte, weshalb die Zahl der polnischen ständigen und die der Saisonarbeiter laufend stiegen, wodurch die Mehrheit der Gesamtbevölkerung sich eindeutig zugunsten der Polen verschob.

²¹ Kurth, Otto: Die Ostmark Posen und ihre Bedeutung für Preußen-Deutschland. Berlin 1903. Hier S. 25.

²² Swart, S. 21.

²³ ebenda, S. 10 und 20-21.

Swart, S. 21. Auch die deutschen Handwerker wurden in den Landgemeinden allmählich von Polen abgelöst.

Die Kunten-Duma Flugblatt M 2 Arbeiter, aufgepasst!

In biesen Tagen wird in allen Fabrifen ein Anfruf ausgebängt, welcher bie Ar-

beiter sich bei ben Wahlen zu beteiligen auffordern wird.

Genossen! Diesen Aufruf mussen wir vernichten. Wir mussen ferner in jeder Fabrik den Beschluß fassen die trügerische Duma zu bopkottiren. Dieser Beschluß der Arbeiter Mehrzahl soll für die Minderheit maaßgebeud sein und Lehere darf unter keinen Umständen, im Namen der Arbeiter einer bestimmten Fabrik, zu den Wahlen, schreiten.

Der Hamptvorstand der Sozialdemokratie, in seinem Aufrus zum Bopkott sagt wie folgt: Arbeiter! Mit diesem Bahlgeseth haben Such die zarischen Hentersknechte aufs Neue geohrseigt. Und jeder anständige Mensch, dem die Rechte des arbeitenden Bolkes heilig sind, Jeder, dem die wirkliche Freiheit theuer ist, muß ein derartiges Geseh mit Füßen treten und sagen: dei solch schändlichen Gesehen werden wir um seinen Fall wählen!

Die Wahlen unter verhängtem Ariegszustand ohne Freiheit des Bortes, Verkammlungen, ohne offenen Meinungskampf, werden bei diesen, von den zarischen Banditen zusammengeklebten Gesetz zur elenden Kozaken-Rainedie. Die Veröffentlichung eines derartigen Gesetzs ist eine blutige Ohrseige sür das ganze Land. Jeder Mensch, welcher noch ein wenig politische Ehre im Leibe hat, Jeder, dem während der Stlaverei seine menschliche Würde nicht ganz verloren ging, muß den frechen Henkersknechten ins Gesicht spuden und rusen: In Begleitung von Bahonetten und Nahasta geben wir nicht zu den Wählen!

Ein Jeder ber sich an den Wahlen beteiligt, sei er ein National-Demokrat oder irgend einer anderen Partei angehörend, soll gewärtig sein daß ihn der Haß der Arbeiter versfolgen wird in demselben Maaße wie sie die Gedarmen und die zarischen Razaken hassen und verachten. Die Bourgeoisse in Gemeinschaft mit Skalon verhängte über und den Kriegszustand,—gut denn, wir werden es ihr mit derselben Münze, wie dem Skalon und seinen Heljers-Helfern, heinzahlen.

Genoffen! Wie ein Mann erfüllen wir die auf uns laftende Pficht! Es joll teiner

von und an den Wahlen teilnehmen!

Nieder mit der Annten-Duma! Es lebe die Revolution! Es lebe die Reichs-Konstituante auf Grund des allgemeinen, direkten, gleich und geheimen Wahlrechtes!

Es lebe die demofratische Republik mit ber Antonomie für Polen!

Lodzer Komitee ber Sozialdemofratie Rußisch Poleus und Littauens

Lodz den 3 Februar 1906.

Im Regierungsbezirk Bromberg dagegen blieben die Deutschen in der Mehrheit. Die an der Netze, Brahe und Weichsel liegenden Industrieunternehmen mit ihrem Schwerpunkt im Stadt- und Landkreis Bromberg beschäftigten überwiegend deutsche Arbeiter.

Aus diesem Grunde konnte die Arbeiterbewegung im Bromberger Raum weit leichter Fuß fassen als im südlichen Teil der Provinz.

Die Ansiedlungskommission hat nicht nur die Schaffung deutscher Bauernhöfe gefördert, sondern auch Arbeiter- und Handwerkersiedlungen gebaut, in denen rd. 3 000 Familien mit etwa 10 500 Köpfen bis 1910 ein Heim fanden 25. Bei Arbeitern, die in städtischen Betrieben beschäftigt waren, betrug die Größe ihrer Grundstücke zwischen 30 und 97 a, Landarbeiter und -handwerker bekamen bis zu 2,50 ha. Man machte hier die Feststellung, daß sie fast alle versuchten, ihre Siedlerstellen zu Kleinbauernhöfen auszubauen, und die überwiegende Mehrzahl hielt auch weit mehr Vieh, als sie von den Erträgen eigener Ernten ernähren konnte 26.

Kirchliche Arbeitervereine

Evangelische Vereine

Daß bei der Betrachtung konfessioneller Bemühungen um die Arbeiterschaft — Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften hatten bis 1870 angesichts der überwiegend agrarischen Struktur der Provinz Posen, einer weithin fehlenden Industriearbeiterschaft und dem bis 1908 geltenden Verbot einer Koalitionsmöglichkeit für Landarbeiter vorerst wenig Chancen — die evangelische Kirche im Vordergrund steht, erklärt sich z. T. aus der häufig oberflächlichen Gleichsetzung von katholisch = polnisch und evangelisch = deutsch. Dazu stellt Gotthold Rhode fest ²⁷:

"Bei der bekannten Gleichsetzung von Polnisch und Katholisch lag für den einfachen Mann — und oft nicht nur für diesen — der falsche Rückschluß nahe, daß ein Katholik auch ein Pole sein müsse."

Nun waren in der Provinz Posen 70 v.H. der Bevölkerung katholisch, knapp 30 v.H. protestantisch. Für diese katholische Bevölkerung bestand vielfach das Dilemma zwischen Kirchenzugehörigkeit und Nationalität, das durch den Kulturkampf in hohem Maße zugunsten der Polen entschieden wurde. Arthur Rhode sagt dazu ²⁸:

"In der Zeit des Kulturkampfes festigte sich auch in der Provinz Posen der Bund zwischen politischem Konservativismus und kirchlicher Rechtgläubigkeit

²⁵ Ströbele, S. 3.

²⁶ Drucksache zu Nr. 2 der Tagesordnung der Sitzung der Ansiedlungskommission vom 29. Januar 1912. Ergebnis einer Untersuchung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Arbeiterrentenstellen der Ansiedlungskommission.

²⁷ Rhode, Gotthold: Geschichte Polens. Darmstadt 1966.

²⁸ Rhode, Arthur: Geschichte der evangelischen Kirchen im Posener Lande. Würzburg 1956. Hier S. 124 und 126.

einerseits und politischem Liberalismus und kritischer Stellung zur Kirche andererseits."

Dennoch gab es in Städten und auch in Bauernsiedlungen manche deutschen katholischen Gemeinden, die etwa zehn v. H. der katholischen Gesamtbevölkerung ausmachten.

Die protestantische Kirche hatte in der Provinz Posen in der "Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union" ein festes Band, aber es gab auch eine Fülle anderer Gruppierungen, wie z. B. "Reformierte Kirche", die "Evangelisch-Lutherische Kirche", daneben noch Freikirchen, Baptisten und andere Gemeinschaften. Ihnen allen aber war eine früh erkennbare Aufgeschlossenheit für soziale Fragen gemeinsam.

Bereits 1849 war in Posen ein "Evangelischer Verein für innere Mission" gegründet worden, dem bald ein Gesellenverein folgte. Von 1883 an rückte die Betrachtung der Arbeiterfragen verstärkt in den Mittelpunkt kirchlichen Tuns. Damit kam zur publizistischen Verbreitung solcher Vorstellungen ein "Evangelisches Volksblatt" heraus, dem 1890 ein "Posener Sonntagsblatt" folgte. 1888 wurde eine Arbeiterkolonie in Alt-Latzig bei Filehne geschaffen, um den Nöten der Wanderarbeiter sowie wandernder Bettler zu steuern. 1897 gründete Hugenberg einen "Evangelischen Verein für Waisenpflege in der Ostmark", der es sich zum Ziel gesetzt hatte, großstädtische Waisenkinder auf dem Gut Neu-Zedlitz im Kreis Witkowo zu Landarbeitern und Handwerkern für die Provinz Posen heranzubilden.

1903 entstanden zuerst in Bromberg, bald darauf auch in Posen, Lissa, Fraustadt, Schneidemühl, Rawitsch und Bojanowo evangelische Volks- und Arbeitervereine. 1909 zählte der Posener Arbeiterverein ca. 500 Mitglieder und hatte einen hauptamtlichen Arbeitersekretär, der für Rechtsauskünfte, Hilfskassen usw. zuständig war. An die Spitze des Gesamtverbandes für die Provinz Posen trat Superintendent Staemmler.

Zunehmend wurde auch der Themenkreis der bei Zusammenkünsten der Arbeitervereine behandelten Fragen durch die Erörterung rechtlicher, sozialer und politischer Themen ausgeweitet. Posen und ganz besonders Bromberg waren Zentren solcher Bemühungen, deren bedeutendster Kopf seit 1910 Generalsuperintendent D. Paul Blau war.

Der evangelische Siedlerbund

Um die unaufhaltsame Abwanderungswelle deutscher Handwerker und Landarbeiter in Südposen zu hemmen, begann die evangelische Kirche ein Siedlungswerk, das sich eng an das von dem bekannten Pfarrer Friedrich von Bodelschwingh im Raum um Bielefeld anlehnte. Die Ansiedlungskommission unterstützte diese Bemühungen, die ihren Plänen entgegenkamen, zumal die Kirche das benötigte Siedlungsgelände aus ihrem Grundbesitz nehmen konnte.

Im Regierungsbezirk Posen wurden dank des Einsatzes der an der Siedlung besonders interessierten Geistlichen, Superintendent Harhausen und Pfarrer Rosenberg, Parzellen von zwei bis drei Morgen Umfang als landwirtschaftliche Kleinsiedler- oder Nebenerwerbsstellen eingerichtet; innerhalb von zehn Jahren konnten so 2000 Familien angesiedelt werden.

Katholische Gesellenvereine

In der Provinz sind katholische Gesellenvereine früh nachweisbar. Sie waren ursprünglich zur Abwehr der Deutsch-Katholiken, die in Schneidemühl ihren Hauptsitz hatten und sich von dort aus über ganz Deutschland verbreiteten, gegründet worden. Die ersten entstanden in Posen und Bromberg 1849. Als die Kolping-Vereine gegründet wurden, übernahmen die Posener viele ihrer Zielsetzungen und wurden so allmählich zu Vertretern katholischer Arbeitnehmer. Der Struktur der Provinz entsprechend waren die meisten Mitglieder Handwerker. Vor dem Weltkriege war Domherr Joseph Klinke der führende Kopf dieser Vereine.

Die Arbeiterbewegung

Von den Anfängen bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes

Bevor das Sozialistengesetz 1878 die ersten Anfänge einer organisierten Arbeiterbewegung in der Provinz Posen vernichtete, hat es bemerkenswerte Ansätze gegeben. So hat z. B. in Posen ein "Leseverein Concordia" existiert, zu dessen Gründung der Breslauer Max Schlesinger erheblich beigetragen hatte; er hatte sich zum Ziel gesetzt, "durch Vorlesungen und Vorträge, welche auf wissenschaftlichen, eventuell auch national-ökonomischen Prinzipien beruhen sollen, Unterhaltung und Belehrung zu verschaffen". Aus den von der Polizei geführten Listen geht hervor, daß dieser Verein 63 Mitglieder zählte, über eine Bibliothek verfügte und im Abonnement Zeitungen wie den Berliner "Vorwärts" und die "Wahrheit" aus Breslau bestellt hatte.

Auffallend bleibt, daß bis 1878 in Posen zu den Wahlen keine sozialdemokratische Liste aufgestellt wurde, hingegen hat Reinders 1878 in Rawitsch 572 Stimmen, Finn in Bromberg 106 Stimmen erzielt. 1872 haben in Posen Streiks stattgefunden. Am 2. April 1878 hat Julius Kräcker aus Breslau in Posen vor mehreren hundert Versammlungsbesuchern über das Thema "Was wollen die Sozialdemokraten?" gesprochen.

In der Zeit des Sozialistengesetzes ist die Weiterexistenz einer Arbeiterbewegung für Posen nur durch die Erfassung von Verfolgungen, Auflösungen und Verboten in Polizeiakten festzustellen. So wurden z. B. im Oktober 1878 in Posen und Rawitsch die örtlichen Gruppen der Tabakarbeiter aufgelöst; im gleichen Jahr wurde dort der Gesangverein "Vorwärts" mitsamt dem Breslauer Gesangverein "Teutonia", die gemeinsam ein Konzert in dieser Stadt veranstalten wollten, verboten, ebenso in Posen ein Wahlkomitee, das für Julius Kräcker aus Breslau warb.

Bei dieser Reichstagswahl wurden in Posen für die SPD klägliche 34 Stim-

men abgegeben, in den ländlichen Bezirken nahezu überhaupt keine. Im Oktober 1881 wurde auf Anweisung aus Berlin nach Druckschriften und Flugblättern gefahndet, die aus der Schweiz kamen und in deutscher wie polnischer Sprache zur Stimmabgabe für August Bebel aufforderten. Hierbei trat zum ersten Mal eine Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Sozialisten in Erscheinung, die im Jahre 1882 in Posen durch einen aufsehenerregenden Prozeß der Öffentlichkeit bekannt werden sollte. Er endete mit der Verurteilung der Agitatoren zu Gefängnisstrafen; er war der erste, aber nicht der letzte in einer Kette Posener Sozialistenprozesse ²⁹.

Flugblätter in deutscher und polnischer Sprache sind auch in den folgenden Jahren im Posenschen verbreitet worden, bei Bauarbeiter- und Zigarrenmacherstreiks im November 1882 in Posen sind sie von der Polizei bei Haussuchungen beschlagnahmt worden. Im Juni 1883 hat wiederum ein Posener Sozialistenprozeß stattgefunden, der harte Gefängnisstrafen aussprach. Aus diesem Anlaß hat der deutsche Sozialistenführer Georg von Vollmar dafür gesorgt, daß deutsche Rechtsanwälte die Verteidigung der polnischen Genossen übernahmen. Auch hat "Der Sozialdemokrat" über den Prozeß berichtet 30. Das politische Organ "Przedswit" stellte seinerseits fest, daß "die Solidarität der Aktion der polnischen und deutschen Sozialisten aus dem Gebiet der Theorie in die Sphäre der Wirklichkeit" getreten sei und sprach die Hoffnung aus, daß "die solidarische Arbeit der deutschen und polnischen Genossen in Posen und Schlesien bei den nächsten Wahlen das erwünschte Resultat zeitigen möge."

Im Jahre 1884 hatte die Werbung für sozialistische Gedankengänge durch Flugblätter und Broschüren, vorwiegend in polnischer Sprache, neuen Auftrieb erhalten. In Posen kandidierte im Oktober 1884 der Buchbinder Josef Konstanty Janiszewski, der aus Grätz in der Provinz Posen stammte. Schon 1882 hatte er in Posen aus politischen Gründen vor Gericht gestanden, jetzt saß er bis zum September 1884 wiederum im Gefängnis. Am 28. Oktober 1884 erhielt er 62 Stimmen. Trotz dieser geringen Zahl meldete Posens Polizeipräsident:

"Es ist dies nur dadurch möglich geworden, daß sich die polnischen sozialdemokratischen Wähler mit den deutschen Gesinnungsgenossen, die ausschließlich aus hiesigen Zigarrenmachern bestehen, verbunden hatten."

Ende August gab es in Posen größeres Aufsehen, weil Hunderte von Exemplaren eines Aufrufs "Robotnicy" verbreitet worden waren. Schließlich wurden als Verteiler der Dachdeckergeselle Marcin Kasprzak und der Schuhmachergeselle Roman Deregowski verhaftet und Ende Januar 1887 zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Als für den 21. Februar 1887 erneut Reichstagswahlen angesetzt worden waren, stellte man für Posen Janiszewski als Kandidaten auf. In dieser Zeit haben in Posen und Umgebung zahlreiche Wahlveranstaltungen, auch mit Re-

²⁹ Auch bürgerliche Zeitungen berichteten eingehend über den Prozeß, so z. B. die "Göttinger Zeitung" im Februar 1882.

^{30 &}quot;Der Sozialdemokrat", Nr. 30 vom 19. Juli 1883.

ferenten aus Sachsen und Schlesien, stattgefunden. Die Zahl der Flugblätter überstieg 10 000. Wiederum gab es üblen Wahlterror, Janiszewski und 22 seiner Mitarbeiter wurden verhaftet.

In Bromberg wurde im Februar 1887 Wahlpropaganda für August Bebel getrieben. Auf Grund polizeilicher Berichte kann festgestellt werden, daß der Pantinenmacher Johann Blum in Ostrowo und Umgebung Flugblätter und Stimmzettel für die Wahl August Bebels verteilt hatte. Im Polizeibericht wird vermerkt:

"Am 18. und 19. ging der Ortsschulze G. auf Befehl des Distriktskommissarius Ostrowo = West von Haus zu Haus, nahm die auf August Bebel lautenden Stimmzettel wieder ab und vernichtete dieselben."

Am 2. und 3. Juli 1887 sind in Posen zahlreiche Flugblätter verteilt worden; bei dieser Gelegenheit wurde der Tabakarbeiter Marceli Sowinski festgenommen und im September zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Im Januar 1888 wurde in Posen schon wieder ein Prozeß gegen polnische Sozialisten durchgeführt. Ein erheblicher Teil der 17 Angeklagten hatte seinen Wohnsitz in Berlin, wohin auch Janiszewski 1885 übergesiedelt war.

Die Anfänge der polnischen sozialistischen Partei

Während des Sozialistengesetzes, als die SPD vollauf mit sich selbst beschäftigt war und vom Exil in der Schweiz politische und publizistische Fäden nach Deutschland anzuknüpfen versuchte, traten polnische Sozialisten sowohl von Warschau, Krakau und Lemberg und hauptsächlich von ihrer Schweizer Emigration aus in Erscheinung und suchten nach gemeinsamen Arbeitsgrundlagen mit der SPD. Positive Ergebnisse wurden sowohl auf dem Wydener Kongreß der SPD vom 20.–23. August 1880, als auch auf der Genfer Kundgebung internationaler Sozialisten vom 19. November 1880, die dem Gedenken des Novemberaufstandes von 1830 galt, erzielt. Bekannte Führer, wie deutscherseits Johann Philipp Becker, russischerseits Vera Zasulic, präsidierten in Genf, und eine Reihe polnischer Revolutionäre würdigten das historische Ereignis.

In der Folge wurden sowohl deutsche Schriften, u. a. "Der Sozialdemokrat", als auch polnische Blätter wie "Rownosc" und ab August 1881 "Przedswit" nach Deutschland, besonders nach Oberschlesien, Posen und Westpreußen, eingeschmuggelt. Polnische Vertreter, wie Maria Jankowska, Mendelson, Truszkowski und Janiszewski, begaben sich nach Posen, hielten Besprechungen und Zusammenkünste ab, gründeten auch Kader zur Vorbereitung der nächsten Reichstagswahlen.

Da polnischsprachige Zeitungen hierüber berichteten, kam es zu einem Zugriff der Polizei und zu dem oben erwähnten Prozeß vom Februar 1882, denn das Sozialistengesetz hob das Wahlrecht nicht auf, achtete auch die Immunität der gewählten Reichstagsabgeordneten, verbot aber jede sozialistische Parteiarbeit, von der Bildung neuer Gruppen nicht zu reden. Die unvorsichtigen Pressemeldungen brachten nicht nur die polnischen Sozialisten auf die Anklage-

bank, sondern das bei ihnen vorgefundene Material führte auch zur Entdeckung von Posener sozialdemokratischen Zellen ³¹.

Zwar schien es zunächst, als ob sich deutsche wie polnische Sozialisten in gleichgerichteten Positionen sowohl bei Grundsatzüberzeugungen als auch in der übereinstimmenden aktuellen Situation des Verfolgtseins befänden, hatte doch die Zeitung "Oredownik" in Posen am 6. Februar 1886 geschrieben: "Manchen spiegelt die erschreckte Phantasie vor, die polnische Gemeinschaft könne sogar in eine solche Lage geraten, in der sich die Sozialisten in Deutschland befinden" — doch kündigten sich bald unüberhörbar und sich verstärkend andere Konturen an. Gewiß hatte man beiderseits noch immer die Grundsatzerklärungen von Karl Marx, Friedrich Engels und Wilhelm Liebknecht im Gedächtnis, auch hatte Karl Marx nochmals im Oktober 1863 vor dem "Deutschen Bildungsverein für Arbeiter" in London bestätigt: "Wiederherstellung Polens muß sie (d. i. die deutsche Arbeiterklasse) in Flammenzügen auf ihre Fahnen schreiben, nachdem der bürgerliche Liberalismus diese glorreiche Parole von seiner Fahne gestrichen hat" — dennoch begann sich in beiden Lagern die Problemstellung zu differenzieren und dabei auch kontrovers zu entwickeln.

Der anfängliche Internationalismus der polnischen Sozialisten hatte sich seit der 1892 in Paris erfolgten Gründung des "Auslandsverbandes der Polnischen Sozialisten", der 1893 in Warschau gegründeten "Polnischen Sozialistischen Partei" (Polska Partia Socjalistyczna = PPS) in eine stärkere Bezugnahme auf nationalpolnische Fragen verändert, wohingegen die 1894, endgültig dann 1900 formierte "Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens" (SDKPL) ideologisch die alten Prinzipien verfocht. Je stärker nationale und soziale Probleme innerhalb eines Landes die Entwicklung beeinflußten, um so mehr mußten sie sich auch im Lager polnischer wie deutscher Sozialisten bemerkbar machen. Otto Heike stellte fast ³²:

"Während August Bebel und Karl Kautsky der Auffassung Liebknechts zuneigten, erwiesen sich als Gegner der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen in der SPD insbesondere u. a. der Geschäftsführer der Partei, Ignaz Auer, der 1897 von Breslau nach Königshütte in Oberschlesien übergesiedelte Schriftsteller Dr. August Winter und die aus Polen geflüchtete Schriftstellerin Rosa Luxemburg."

Das letzte Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg ist in den Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Sozialdemokraten durch ein ständiges taktisches Hin und Her, durch Widersprüchlichkeiten innerhalb der eigenen Reihen, leider auch durch zunehmende Fehden, ja feindselige Haltungen gekennzeichnet. Nachdem die PPS in Preußen ihren Beschluß vom April 1897 revidiert, damit das Erfurter Programm der SPD anerkannt und ihre organisatorische Selbständigkeit aufgegeben hatte, schien der Boden für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Genossen wiederhergestellt worden zu sein.

^{31 &}quot;Der Sozialdemokrat", Nr. 39 vom 22. September 1881.

³² Heike, Otto: a. a. O.: S. 36.

Hugust Bebel

an die deutschen Arbeiter u. Arbeiterinnen in Russisch-Polen und Littauen.

Offener Brief

(Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemofiratie Russisch Polens und Littauenst.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Euere Kameraden und Kameradinnen, die russich polnichen Arbeiter und Arbeitennnen, wefinden sich in einem schweren Kampfe gegen die Regierung ihres landes und die Unternehmerklasse um die Eroberung ihrer Ruegerund Menschenechte!

Arm, rechtlos, der baltikur der Behorden und Unternehmer perisogischen, werden Manner, Frauen und Kinder gezwungen, für einemen ichn ichnucke Arbeit zu verrichten. Gepeningt und befruckt gen allen Seiten haben sie keine Macht und kein Miltel, sieh des Juf einen laftenden Druckes zu entsiehen. So bleibt ihnen nich die Mussicht auf ein feben voller flot und Entschrungen, die zich nich sem Riter steigern, ohne Russicht auf Hilfe und Rettung, wenn sie voh nicht selber hellen indem sie einmultig und geschlossen zu gemeinsamen hangle zusammenfreten.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Die es Euren Kimeraden den eussich politiken Arbeitern und Arbeiterinnen ergeht, gefan so eigeht er Euch, die Ihr durch das Schoksal nach Russich Peten und Littauen verschlagen seid.

Ob polnischer, russischer oder deutscher Arbeiter und Rebeiterin, Eure Lebenslage ist-dieselbe. Ihr ieidet allesammt unter dem gleichen Druck, dem gleichen Schmach. Wie jene rechtlos und jeder Wilkür unterworfen sind, so auch Ihr.

hämpft für die Beschigung von flot und Elend, von Druck und Rusbrutung: sie will, dass alle Menthem ohne Rusbrutung ist mendenmendenges Dasein findere und die Frucht der genetationen Arbeit Rifer voll geniessen hönnen. Die Sotialdemokrahe will keine Herren und keine Knedde, keine Herrfehe und keine Unterfändlich statt der Armuf und des Elends des Jimmers und der flot der Nithonen und des Unberführses Weiniger, sollen alle Mendham gleich sich ihres Echens feuer, die Outer der Erde und die Frucht ihrer Arbeit geniessen.

"Um dieses Ziel erreichen zu konnen, museen die Rebeiter und Rebeiterungen, den Unterschied der Retigion und der Itationativt sich bereinigen, müssen sie sich organisieren und Mittet sammetn, sesen die Beiträge auch noch so klein, denn weite Teopfen fullen das Fass. Sie mussen ferner Schriften und Fungblätter herstellen abmit Übissen und Ruftfarung in der Köpfe der Uniksissenden und Striutgatigen kommt und die Zahl der Mittämpfenden immer grösser und gewältiger wird, bis sie eine Macht sind, der nuhls mehr zu widerstehen vermag

Insbesondere müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen auch den Kampf gegen die schmachvollen staatlichen und politischen Zustände führen, die in ganz Russland herrichen und unter denen die Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem gesammten Volke schwer leiden.

Die Eroberung politischer Rechte und politischer Aucht muss zunächst das Hauptziel der Bewegung sein, weit politischer Rechte und politische Macht der Hebet sind mit dem auch die sozialen Urbet und Ungerechtigkeiten beseitigt werden können. Es muss also erobert werden:

eine freie Dolksrepublik im ganzen Russischen Reiche, das alligeneine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide bei scheichtet und für alle flahbanklaten, ohne Unterschied der Resigion, für alle Dertretungskörper; volle Dereins, Dersammlungs und Derbucklungsfreiheit und das Recht der Arbeitseinstellung ohne kaalliche und behördliche Hindernisse; volle Press und Redefreiheit; volle rechgiose Freiheit; Trennung der Kirche vom Staal und der Schule von der Kirche; volle freiegissen Urberzeugungen verfolgt und bei mer politischen oder refigissen Urberzeugungen verfolgt und be

iet dem aber so, seid ihr allesammt Schuksaisgenossen, dann seid ihr auch verpflichtet, genieinsam an dem gleichen Strange zu ziehen mit Euren russisch potrilifiten Erüdern und Stwestern. Ihr musst Euch diren Bestehungen auf Erkampfung von Freiheit, Gerechtigheit und menichenwürdige Erichten ankhürssen und ihr werdet mit ihnen siegen.

Der Unteridied der Sprache, der Religion, der Nationalität darf fur Luch, deutliche Arbeiter und Arbeiterinnen, fein Grund sein, Euch von Lucen russich-poloichen brildern und Schwestern

fernzuhaiten

Ob ihr bei einem polnichen, eussichen oder kentiden, einem katholichen, orthodren oder juddorn Richtigkere in Abelf stein, der Euren Arbeilskardt ausbeutel und aus dem Ering Euren Ribeit für sich roles, blankes bold münet, das ist für Enre Lage wolkhommen gleich. Kapitalist ist Kapitalist und Unternehmer, einerte welcher Religion der Talisianfähr er angefabet.

Die dienehmer siehen ohne Unterfined der Betigion und Nationalität zusammen gegen duch, so müssen nich die fedeller und Arbeiterungen ohne Unterfehied der Refigion inm Kationalität zusammenslellen und sich untereinander verbinden zu gemeinsalteite Kompf, zur Wahrung ihrer Interessen und zur Eroberung ihrer Menkhenwörde.

Die Kapitalisten sind futernational und die Arbeiter und Ar-

beilerinnen mussen es gleichfalls sein.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnent Euser russichpolnischen Bruder und Schnestern, die ihre Massenlage begeidenhaben, haben sich der Soniademphrafte angeschiossen, der sich die aufgelitztern Ribeiter und Arbeiterinnen in allen Ländern der bielt ebenfalls immer mehr auschliessen.

the acutichen Arbeiter und Arbeiterumen im Aussilch-Volen und littauen müssi diesem Beispiel folgen und Euch nut dem Arbeitern und Arbeiterinnen Aussilch-Polens und Littauens verhinden, well ihr mit ihnem unter den gleichen Derhaltmissen lebt.

Was will die Sozialdemokratie?

Die Soziatiemonratie will die Beseiligung jeder Ungerechtigheit und jeder Gewalttatigheit; sie eistrebt die Freiheit, Gleichheit und berechtigheit in Staat und beseilighaft für alle Menschen; sie

straft wurden; Sicherung der Unparteilichkeit und der Unentgeltlichkeit der Strafrechtspflege; Derpflichtung zum Besuch der Dolkslinulen fur alte Kinder pom 6 bis zum 15. Cebensjahr, Unenigettichkeit des Unterrichts und der Lebemittel. Derpflegung und Bekleidung der mittellosen Schulkinder auf offentliche Kosten; Lintuhrung der progressiven Einkommen-, Bermögens-, Erbichafts-Struer fur die Wohlhabenden und Reichen, Beseitigung der Steuern auf nothwendige Lebensmittel; volle Selbstverwaltung des Landes und der bemeinden, volle Rechtsgleichheit Aller ohne Unterfchied des Standes, der behurt, uer Religion und Nationabtat; gesetzlidie finfehrung der aditstundigen Arbeitszeit, Derbot der flachtarbeit, wenn die flatur des Betriebes diese nicht erforderlich macht, Abichaffung der Sonntagsarbeit; wirksamer Arbeiteridung, Einführung der allgemeinen Kranken , Unfall , Invaliditäts- und Allersversicherung: Emerdiung von Kranken- und fliederkunfishäusern durch das gante Reich, Unentgettichkeit der Krankenpftege und beburtshule; Torderung der genossenichaftlichen Arbeit fur das Land und die industrie durch den Staat

Ceution Rebeiter und Arbeiterinnen! Dieses sind in Kürze fie nachsten Forderungen, für deren Verwinklichung in Staat, Land und Gemeinde die Sozialdemokratie Russisch-Potens und Letauens kampit. Dieser müsst ihr Euch anschliessen und sie unterstutzen

Deutsche Rebeiter und Arbeiterinnen! Zögert nicht, tretet ein in die Reihen Curer kampfenden Bruder und Schwestern polnischer und russischer Nationalität.

that durch entiges and gefoliossenes Handeln mit chien, kannt his die Derbesserung Eurer Cage, könnt für eine menschenwürdige erstenz kuch erkampfen. Derenigt seid für eine nnuberwindliche flahrt, der bein Gegner winderstehen hann.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Schliesst die Reihent Im Nimen der internationalen Sozialdemokratie vereinigt Euch und marichiet vorwärts!

Schoniverg Bertin, den 8 April 1905.

Dann hatte es aber Schwierigkeiten mit Marcin Kasprzak gegeben, der auf Grund von ehrenrührigen Vorwürfen aus der PPS ausgeschlossen worden war. Rosa Luxemburg jedoch arbeitete mit Kasprzak und Gogowski zusammen. Ein Brief von Adolf Warszawski an Karl Kautsky vom 20. Mai 1903 berichtet über ihr Wirken:

"Unsere Rosa ist in die Wüste gegangen — nach Posen, und steckt in schwerster Arbeit bei sehr schlechter Gesundheit . . . Und was für eine Wüste — keine Spur von moderner Kultur — lauter Klerikalismus und Feudalismus, und alles muß von ABC angefangen werden."

Auf dem 5. Parteitag der preußischen PPS Ostern 1900 wandte sich Rosa Luxemburg durch zwei von ihren Anhängern aus Posen eingebrachte Resolutionen gegen "nationalistische Phrasen" in der PPS. Auf dem deutschen Parteitag vom 17.—21. September 1900 in Mainz, wo sie Oberschlesien und Posen vertrat, äußerte sie scharf, daß man nicht "in seiner Sonderstellung als Pole, im Anschluß an nationale Parteien, sondern als Sozialdemokrat seine Nationalitätsinteressen verteidigt." Als 1901 die Streitigkeiten zunahmen, stellte der Vorstand der SPD die finanzielle Unterstützung der "Gazeta Robotnicza" ein. 1912 war dieses Organ nach 22 jährigem Bestehen eingegangen. Ab 5. Januar 1913 erschien der "Dziennik Robotniczy" in Kattowitz, der sofort eine radikale nationalpolnische Haltung einnahm und gegen die deutsche Partei polemisierte. Auf dem Jenaer Parteitag wurde am 29. September 1913 das Tischtuch zwischen SPD und PPS endgültig zerschnitten.

Diese tragisch zu nennende Entwicklung war nur äußerlich in den ständigen organisatorischen Querelen zwischen der zentralistisch tendierenden SPD und der aus Rücksichtnahme auf österreichische, litauische oder russische Verhältnisse mehr föderalistisch gesinnten PPS begründet, auch nicht aus oft oberflächlichen Vorstellungen und Unklarheiten der SPD über die gemischtsprachigen Verhältnisse in Ostdeutschland, ebensowenig aus der schwankenden, mitunter unaufrichtigen Einstellung der PPS. Obwohl beide Parteien Anhänger eines sozialistischen Internationalismus waren, wurden sie dennoch beide vom Nationalismus erfaßt.

Hans-Ulrich Wehler stellt fest 33:

"Der eigentliche Zankapfel war wohl auch nicht das "Wesen der Doppelorganisation", so sehr sie auch dem Zentralismus der deutschen Partei zuwider sein mechte, sondern der unausrottbare nationalpolnische Grundzug der PPS.

Die Eigenart des historischen Augenblicks als polnische Partei in der Periode einer sich steigernden Germanisierungspolitik operieren zu müssen, hat die PPS notwendig dazu geführt, nationalpolnische Bestrebungen mit dem sozialen Emanzipationskampf zu verbinden. Diese Vereinigung von nationalen und sozialen Gedanken entsprach auch im Grunde einer ideengeschichtlichen Konstella-

³³ Wehler, Hans Ulrich: "Sozialdemokratie und Nationalstaat". Würzburg 1962. Hier S. 160-161.

tion der Zeit... So sehr hier auch vielleicht vermeidbare Fehler und Schwächen vorliegen mochten, SPD und PPS standen sich doch in einem echten Dilemma gegenüber: Beide Parteien sind in die nationale Entwicklung ihrer Völker verflochten gewesen und haben in dieser Epoche schroffer Gegensätze nicht dauerhaft auf dem Boden eines internationalen Sozialismus zusammenfinden können."

Ergebnisse der Reichstagswahlen

Bei den Reichstagswahlen in der Provinz Posen waren 1890 für sozialdemokratische Kandidaten 3000, 1893 = 5000, 1898 = 6100 Stimmen abgegeben worden. Während sich im gleichen Zeitraum die Stimmen für die SPD in Ostpreußen und Pommern verdoppelt, z. T. in Schlesien und Oberschlesien sogar noch stärker vermehrt hatten, auch in Westpreußen von 9800 auf 11800 und auf 13000 angestiegen waren, blieben die Resultate in den Wahlkreisen Posens trotz eifriger, von deutschen und polnischen Sozialisten gemeinsam betriebener Werbung enttäuschend. 1893 hatte in Stadt und Kreis Posen der polnische Sozialist F. Morawski 1102 Stimmen bekommen, diese Wählerzahl schrumpfte 1897 jedoch auf 620 zusammen. Dasselbe mußte im Regierungsbezirk Posen festgestellt werden; hier ging die sozialdemokratische Wählerzahl von 1893 = 2076 auf 1897 = 996 zurück. Die polnische Arbeiterbevölkerung hatte sich überwiegend den polnischen nationalen Listen zugewandt.

Im Regierungsbezirk Bromberg, wo für die SPD Janiszewski, Golibrocki und Berfuß kandidierten, war zwar die Stimmenzahl für die SPD von 2877 im Jahre 1893 auf 3520 im Jahre 1897 angestiegen, doch war dies vor allem auf die Entscheidung der wachsenden Bromberger deutschen Arbeiterbevölkerung zurückzuführen. 1900 hatten sich die Differenzen zwischen SPD und PPS bereits so zugespitzt, daß in Bromberg ein besonderer "Centralausschuß der polnischen Sozialdemokratie" gebildet wurde, der freilich keine größere Bedeutung erlangte. Als Folge wachsender Entfremdung ist festzustellen, daß weder deutsche noch polnische Sozialisten bei den Wahlen eine nennenswerte Bedeutung spielten; die Entscheidung wurde zwischen deutschen und polnischen bürgerlich-nationalen Parteien ausgetragen.

Als Folge der Zwiste im sozialistischen Lager gingen die Mitgliederzahlen der deutschen wie der polnischen Sozialdemokraten in den letzten Jahren vor dem Weltkriege stark zurück 34.

Mitgliederstärke von SPD und PPS in der Provinz Posen

	SPD		PPS	
1908:	392 M	litglieder	<u> </u>	Mitglieder
1910:	1 073	"	151	n
1911:	1 302	н	120	n
1912:	1 235	n	50	п
1914:	1 027	n	_	n

³⁴ Heike, Otto: Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835-1945. Dortmund 1969. S. 42.

Diese Entwicklung schlug sich auch in den Ergebnissen der Reichstagswahlen nieder. Im Jahre 1903 hatten die SPD und die PPS auf ihre gemeinsame Liste 8 495 Stimmen vereinigen können. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 gewann die SPD im Alleingang im Regierungsbezirk Posen 3 017 und in Bromberg 3 493 Stimmen. Für die Reichstagswahlen 1912 lauteten die Zahlen 6 576 und 6 392. Die polnischen Sozialisten blieben weit abgeschlagen auf der Strecke.

Bei einer genaueren Untersuchung zeigt sich, daß für die SPD im Regierungsbezirk Posen eigentlich nur im Stadt- und Landkreis Posen, dann im Wahlkreis Meseritz-Bomst sowie in Samter-Birnbaum nennenswerte Stimmen gezählt werden konnten; in vielen anderen Wahlkreisen gab es überhaupt keine sozialdemokratischen Wähler.

Ähnlich war die Situation im Regierungsbezirk Bromberg. Hier gab es erhebliche SPD-Stimmen in Bromberg, wenige noch in den Wahlkreisen Czarnikau-Filehne, Inowrazlew-Strelno und Gnesen-Witkowo; in anderen Wahlkreisen war überhaupt nichts zu machen. Auch bei den Reichstagswahlen 1912 änderte sich an dieser Sachlage wenig.

Überhaupt zeigten die Wahlen von 1912, wie schwierig die politischen Verhältnisse für das Deutschtum in der Provinz Posen lagen. Jürgen Bertram gelangt zur Feststellung 35:

"Von den 15 Kreisen der Provinz Posen waren zehn in festem polnischem Besitz, während für die Deutschen allenfalls fünf Kreise erreichbar waren, von denen sie aber im Höchstfalle meist nur vier gewannen. Allein im Bromberger Wahlkreis Czarnikau-Filehne konnten die deutschen Parteien gegeneinander kandidieren, ohne dadurch befürchten zu müssen, daß die Wahlkreise Polen zufallen würden."

So standen elf Nationalpolen im Jahre 1912 nur vier deutsche Reichstagsabgeordnete gegenüber, und dies waren ausschließlich Konservative.

Die gewerkschaftliche Arbeit

Die Freien Gewerkschaften

Noch während des Sozialistengesetzes hatte die gewerkschaftliche Organisationsarbeit an Bedeutung gewonnen. Die Zunahme von industriellen Betrieben bot in den größeren Orten dafür einen günstigen Boden. Waren es anfänglich Bauarbeiter, Zigarrenmacher, Buchdrucker und in der Holzindustrie Beschäftigte, die sich zur Lösung ihrer Wirtschaftsinteressen zusammenfanden, so hören wir im März 1885 von einer Versammlung der Zimmerer in Posen. Ein Reichstagsabgeordneter erörterte deren Lohnsituation und forderte zur Gründung von Fachvereinen und Unterstützungskassen auf. In Posen fand am 1. August 1898 eine Versammlung der Buchdrucker statt, auf der ein Gewerkschaftler Gogowski über "die Bedeutung der Gewerkschaftskartelle für die moderne Arbeiterbewegung" referierte.

⁸⁵ Bertram, Jürgen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag im Jahr 1912. Düsseldorf 1924. Hier S. 83.

Wie das "Correspondenzblatt" berichten konnte, wurde in Posen ein Gewerkschaftskartell gegründet ³⁶. 545 Kollegen waren in ihm zusammengeschlossen, und zwar: 73 Buchdrucker, 210 Maurer, ein Büroangestellter, 42 Metallwerker, 34 Holzarbeiter, sieben Korkschneider, zwei Steindrucker, zehn Buchbinder, 25 Tabakarbeiter, zehn Sattler und Tapezierer, 65 Töpfer, 13 Steinmetzen, 38 Zimmerer, zehn Bäcker, ein Konditor, drei Bildhauer und ein Anstreicher. Seit 1906 hat es in der Provinz Posen auch zwei Arbeitersekretariate gegeben, eins in Posen und eins in Bromberg. Vom Jahre 1902 hören wir von erfolgreichen Lohnbewegungen im Posenschen, insbesondere können die Maurer und Zimmerer bessere Tarifverträge und höhere Stundenlöhne vereinbaren. Das "Correspondenzblatt" meldet aus Posen ³⁷: "Die Organisation weist ein erfreuliches Wachstum auf."

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte die freigewerkschaftliche Organisation auch in der Stadt Posen einen gewissen Höhepunkt erreicht. Das "Handbuch des Vereins Arbeiterpresse" (Berlin 1914) nennt sechs hauptamtliche Sekretäre: Gauleiter des Zimmererverbandes war der 1865 in Posen geborene Bruno Budzinski, als Sekretär des Bauarbeiterverbandes fungierte Leo Czechowski (geb. 1880 in Posen), die Geschäfte des Transportarbeiterverbandes nahm Peter Przydylski (geb. 1887 in Pudewitz, Kreis Posen) wahr, der gleichzeitig auch Obmann der Binnenschiffer in Posen war. Vertreter der Buchdrucker war Adalbert Sremski (geb. 1862 in Posen), der in seinem Lebenslauf angab, daß er seit 1901 als Redakteur an dem polnischen Organ "Oswiata" wirkte. Mitarbeiter des Bauarbeiterverbandes war Johann Hodek (geboren 1864 in Schwarzwald/Posen), seit 1912 auch Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins. Als sozialdemokratischer Reichstagskandidat trat Thaddäus Matuszewski (geb. 1879) auf, der seit 1907 Sekretär des Holzarbeiterverbandes war, die ehrenamtliche Funktion eines Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse und ferner eines Vorsitzenden des Aufsichtsrats im Konsumverein innehatte. Vorsitzender des Gewerkschaftskartells war Frickmann, die Bildungsarbeit sowie die Jugend betreute Winter.

Andere Gewerkschaftsorganisationen

An diesem Aufstieg der Vertretungen der Arbeiterschaft waren nicht nur die freien Gewerkschaften beteiligt, sondern seit der Jahrhundertwende auch die dem "Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften" angeschlossenen Fachgruppen. In deren Adressenverzeichnis sind für Posen Friedrich Hasse als freigestellter Funktionär, Michael Petasch für die Holzarbeiter, Johann Kinzelt für die Maurer und als Kartellvorsitzender angegeben. In Gnesen nahm der Maurer J. Picharck die Interessen der christlichen Gewerkschaften wahr. Die "Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine" waren nur in Posen und Bromberg vertreten.

^{36 &}quot;Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands", 9. Jg. Nr. 5 vom 6. Februar 1899.

³⁷ ebenda, 12. Ig., Nr. 9 vom 3. März 1902.

Statistische Angaben

Dem Jahresbericht des Arbeiter- und Gewerkschaftskartells Posen für das Jahr 1900 ist zu entnehmen, daß dieses Kartell am 1. August 1898 von 25 Delegierten, die 15 verschiedene Berufszweige vertraten, begründet worden ist. Anfänglich hat es erhebliches Mißtrauen von seiten der Behörden, polizeiliche Schikanen und Saalabtreibungen gegeben. Dennoch bot der Amtssitz des Kartells mit seinen Räumen Gelegenheit zu Vorstandssitzungen, kleineren Versammlungen, ja sogar ein Lesezimmer mit ausliegenden Zeitungen sowie eine Bibliothek von 222 Bänden standen zur Verfügung.

Der Sachinhalt des Jahresberichtes für 1900 besteht in der Schilderung der behandelten Lohnstreitigkeiten, Entlassungsfällen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, Sozialversicherungsangelegenheiten, Zivilsachen, wie Mietstreitigkeiten und Armensachen. Der Umfang der geleisteten Arbeit wird durch 768 Posteingänge und 1144 Postausgänge nachgewiesen. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Gewerkschaftsgruppen hat sich von 1898 = 367, auf 1899 = 692, 1900 = 1077 und 1901 auf 1088 erhöht. Besonders eifrig haben sich die Handlungsgehilfen, Schneider, Dachdecker, Transport- und Verkehrsarbeiter, Böttcher, Metallarbeiter, Schuhmacher, Schneider, Sattler, Porzellanarbeiter betätigt, als schwach werden Bäcker, Barbiere, Gärtner und Maler aufgeführt. Die Schilderung der Lohnbewegungen, partieller Arbeitseinstellungen und erzielter Erfolge (z. B. die Erreichung einer 10stündigen Arbeitszeit) machen einen erheblichen Teil des Geschäftsberichtes aus.

Interessant ist es, daß auch eine Filialexpedition der "Volkswacht für Schlesien und Posen" nebst einer Buchhandlung geschaffen werden konnte. Das Parteiorgan hatte als Wochenausgabe 362 Abonnenten, die sich wie folgt verteilten: Birnbaum 26, Bromberg 70, Getraudenhütte 11, Posen 100, Rawitsch 107, Schönlanke 29, Schwerin 5, Usch 14. Zur Reichstagswahl sind 10 000 Flugblätter in polnischer und deutscher Sprache sowie 6 000 Exemplare einer Agitationszeitung "Die Fackel" herausgebracht worden. Anfang Dezember 1900 kam in polnischer Sprache eine Broschüre von Rosa Luxemburg "Wobronie narodowosci" im Verlag Josef Gogowski-Posen heraus.

Auch über die Existenz einer christlichen Gewerkschaftsbewegung erfahren wir in diesem Bericht. Es wird von Versammlungen für Bauhandwerker berichtet, eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften für Maurer und Zimmerer mit ca. 60 Mitgliedern wird ausdrücklich hervorgehoben.

Der Umfang der gewerkschaftlichen wie der politischen Agitationsarbeit wird aus dem "Bericht der Agitationskommission für die Provinz Posen" ersichtlich. Die letzten Jahre sind von Erfolgen getragen gewesen, so daß nunmehr in 28 Orten gewerkschaftliche und in 39 Orten politische Stützpunkte vorhanden waren. Insgesamt haben im Berichtsjahr 1900 23 Versammlungen in 7 Städten und 44 kleinere Zusammenkünste in 20 Ortschaften stattgefunden. Diese insgesamt 67 Veranstaltungen fanden in folgenden Orten statt: Birnbaum 1, Bromberg 2, Borek 1, Filehne 2, Gertraudenhütte 6, Gnesen 4, Inowrazlaw 7, Kolmar 6, Latowitz 1, Obornik 2, Ostrowo 1, Posen 11, Rawitsch 1, Rogasen 2,

Schneidemühl 2, Schönlanke 5, Schwerin 2, Usch 7, Wollstein 3, Wongrowitz 1. Ein besonderes Lob wird den Glasmachern in Usch und Gertraudenhütte gezollt, "die zu 97 Prozent organisiert sind", Anerkennung findet auch der Zentralverband der Maurer, dem es gelang, 3 neue Filialen zu gründen, "so daß in der Provinz nunmehr 15 Glieder des großen Verbandes bestehen".

Wie stark die gewerkschaftlichen Organisationen berufsständisch gegliedert waren, geht aus der Mitgliederstatistik für 1900 hervor. Mitglieder zählten Bauarbeiter 306, Bildhauer 10, Brauer 4, Buchbinder 2, Buchdrucker 66, Buchdruckereihilfsarbeiter 5, Dachdecker 15, Hafenarbeiter 42, Holzarbeiter 84, Kupferschmiede 2, Maler 24, Maurer 400, Metallarbeiter 200, Sägemühlenarbeiter 500, Schneider 5, Steinsetzer 24, Stukkateure 10, Tapezierer 22, Töpfer 30, Zimmerer 130. Neben den Sachberichten der einzelnen Gewerkschaften nehmen auch Hinweise über gesellige Veranstaltungen einen breiten Raum ein. Im Stil jener Zeit finden sie regelmäßig statt. Am stärksten herrschen solche Traditionen bei den Buchdruckern vor, die z. B. in Posen seit 1868, in Bromberg seit 1870 organisiert waren und regelmäßig ihre Gutenberg- und Johannisfeiern abhielten. Auch ein Rezitationsabend zum Thema "Die Weber" hat stattgefunden.

Den Berichten der einzelnen Ortskartelle ist Aufschlußreiches über Werden und Bedeutung der Gewerkschaften in der Provinz Posen zu entnehmen. In Birnbaum z.B. ist bereits 1884 eine Filiale des Tabakarbeiterverbandes gegründet worden. 1900 hat ein 6½ wöchiger erfolgreicher Streik stattgefunden. Daraufhin hatten sich sämtliche Zigarren- und Wickelmacher organisiert. In Getraudenhütte waren die Glasmacher restlos gewerkschaftlich organisiert. Schwierig ist es in Gnesen gewesen, wo die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine lange dominierten, bis die freigewerkschaftlichen Maurer und Maler Fuß fassen konnten. In Inowrazlaw ist es gewerkschaftlich lange hin- und hergegangenen, bis nach einem Streik in einer großen Maschinenfabrik sich 300 Arbeiter organisierten. In Kolmar dominierten die Porzellanarbeiter, doch gab es in der Organisation häufig abträgliche Streitigkeiten. In Meseritz ging es hauptsächlich um die Landarbeiter, doch waren sie damals schwer zu organisieren. Von ihrer Lebensweise heißt es: "Die ländlichen Arbeiter im Kreise sind nicht auf Rosen gebettet. Die Wohnungen der Gutsarbeiter bestehen aus Stube und Kammer mit Ziegelpflaster. In diesen "Wohnungen" bringen öfter 10 bis 14 und mehr Personen zu. Dabei sind die Außenwände mitunter in einer Verfassung, die jeder Beschreibung spottet. Löcher werden mit Moos und Lehm wieder zugeklebt. Die Türen schließen schlecht; wie einfache Stalltüren sind dieselben mit Hängeschloß versehen. Der tägliche Verdienst war Ende November für Männer 50 Pfennig, für weibliche Arbeiter 40 Pfennig. Dieser Betrag zusammengelegt, reicht in einer mittleren Stadt gerade zu einem dürftigen Mittagessen für eine kleine Familie." Die Rawitscher Kollegen werden gerühmt, die größte Abonnentenzahl der "Volkswacht" aufweisen zu können. Hier haben gewerkschaftliche Organisationen bereits seit 1883 bestanden. Die Tabakarbeiter stellten das größte Kontingent. Schlechte gewerkschaftliche Verhältnisse werden

Schneidemühl berichtet, wo nur die Maurer 70 Kollegen organisiert haben. Immer wieder werden Versammlungslokale abgetrieben. Eine starke gewerkschaftliche Organisation wies Schönlanke auf, wo es sogar ein besonderes Gewerkschaftskartell gab. Je 200 Arbeiter waren in der Holzindustrie und in der Zigarrenfabrikation beschäftigt, daneben gab es gewerkschaftliche Zusammenschlüsse bei den Schuhmachern und Bildhauern. Auch vier große öffentliche Versammlungen, bei denen u. a. Rosa Luxemburg gesprochen hat, fanden statt und beschäftigten sich neben Mißständen im Krankenkassenwesen, der Forderung nach Einrichtung eines Gewerbegerichts auch mit politischen Fragen wie z. B. der Chinaexpedition. Besonders harte Kämpfe sind bei den Glasmachern in Usch geführt worden; der Streik hat 13 Wochen gedauert, an ihm haben 84 Kollegen teilgenommen, von denen hernach 30 den Ort verlassen mußten. Die geforderte Lohnerhöhung konnte erreicht werden.

War die Provinz Posen auch noch lange gewerkschaftlich und politisch für die freie Arbeiterbewegung das schwächste Glied in der Kette der übrigen Provinzen, die Berichte von der Jahrhundertwende zeigen doch einen allmählichen, durch Fleiß und Idealismus erkämpsten Aufstieg.

Detaillierte Angaben über die Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder Arbeitervereinen liegen für Bromberg vor. Wenn man bedenkt, daß diese Stadt im Jahre 1913 rd. 56 000 Einwohner hatte, zu denen einige hundert Arbeiter der umliegenden Dörfer traten, die in der aufstrebenden Industriestadt beschäftigt waren und als Pendler jeden Tag dorthin gingen oder fuhren, sind 5 250 organisierte Arbeitnehmer als hoher Prozentsatz der Gesamtarbeiterschaft anzusehen. Die Organisationen meldeten folgende Mitgliederstärken ^{38a}:

Freie Gewerkschaften		Mitglieder
Polnisch-katholische Vereine		"
Eisenbahnerverein		"
Evangelischer Arbeiterverein		н
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine		"
Christliche Gewerkschaften		"
Deutsch-katholischer Gesellenverein		"
insgesamt	5 250	Mitglieder

Köpfe der Arbeiterbewegung

Eine namhaste Rolle sollte seit 1903 in Posen und später in Bromberg der 1870 geborene Maurer Wilhelm August Schulz spielen. Nachdem er seit 1901 in Berlin als Angestellter des freigewerkschastlichen Zentralverbandes der Maurer gewirkt hatte und in gleicher Eigenschast von 1903 an in Posen tätig gewesen war, wurde er 1913 zum Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Bezirk Posen und Westpreußen mit Amtssitz in Bromberg berufen. Wilhelm August Schulz hat sich politisch als Bezirksvorstandsmitglied der SPD für

³⁸a Böhm: Industrie und Gewerbe in Bromberg. Bromberg 1907.

die Provinz Posen betätigt und ist schließlich deren parlamentarischer Vertreter geworden.

Naturgemäß wiesen die freien Gewerkschaften in Bromberg auf der Basis der dort stärkeren deutschen Arbeiterbevölkerung eine größere Anhängerschaft als in Posen auf. Für das Jahr 1914 werden als Vorsitzende des Gewerkschaftskartells K. Felsch, als Parteisekretär Th. Hartwig genannt. Im Hause Thalstraße 23 befand sich ein Versammlungsraum der Gewerkschaften. Die Partei, aber auch manche Einzelgewerkschaft, domizilierten im Hause Brunnenstraße 13 a.

Das Adressenverzeichnis des "Vereins Arbeiterpresse" vom Jahre 1914 nennt unter den in Bromberg Organisierten: Wilhelm August Schulz als Vorsitzenden der SPD und Reichstagskandidaten neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Gauvorsteher des Bauarbeiterverbandes. Der 1871 geborene Paul Stoessel wirkte seit 1903 in Bromberg als Gewerkschaftssekretär, war Kreisvorsitzender der Parteiorganisation und arbeitete auch an der "Posener Volkszeitung" mit. Bemerkenswert erscheint der Lebensweg des 1874 geborenen Bauhilfsarbeiters Richard Wende, der es zum Gewerkschaftssekretär in Berlin, seit 1911 zum Vorsitzenden des SPD-Bezirksvorstandes für Posen und nach 1918 zum Polizeipräsidenten gebracht hat.

Eine namhaste Rolle spielte der 1878 geborene Theodor Hartwig, der als Gewerkschastssekretär die Fabrikarbeiter betreute, 1912 in Königsberg als Stadtverordneter kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt hatte und zum Jahresbeginn 1913 Parteisekretär in Bromberg wurde. Auch der 1880 geborene Tischler Friedrich Bernau, der 1912 Bezirksleiter des Holzarbeiterverbandes in Bromberg geworden war, wurde als Vorsitzender des Bildungsausschusses der SPD rührig.

Die Interessen der Transportarbeiter nahm der 1882 geborene Schiffer Karl Felsch wahr, von Bromberg bis nach Westpreußen hinein wirkte der 1879 in Graudenz geborene Maurer Theophil Blendowski. Er war zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Konsumvereine für die Provinz Posen und betätigte sich politisch als Reichstagskandidat für Graudenz-Strasburg. So schienen für die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens in der Provinz Posen, ausgehend von den größeren Orten, langsam auch die Landarbeiter erfassend, günstige Auspizien gestellt zu sein.

Die Arbeiterpresse

Mit einer Zunahme der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften wurde es möglich, seit 1901 als Kopfblatt der Breslauer "Volkswacht" eine "Posener Volkszeitung" dreimal in der Woche erscheinen zu lassen. Sie konnte aber, ungeachtet erheblicher Zuschüsse, nur bis 1904 am Leben erhalten werden, weil es sich als unmöglich erwies, einen genügend großen festen Bezieherstamm zu gewinnen. Josef Gogowski (1870—1955), ein gelernter Schriftsetzer, kam nach Wanderjahren, die ihn bis in die Schweiz geführt hatten, vor der Jahrhundertwende nach Posen, wo er zunächst einen Zigarren- und

Buchladen betrieb, in der Hauptsache nur ehrenamtlich, später als angestellter Gewerkschafts- und Arbeitersekretär bis 1903 gewirkt hat. Gogowski war auch verantwortlicher Redakteur der "Posener Volkszeitung" und redigierte den Posen betreffenden Teil dieses Kopfblattes ³⁸⁶.

Das Ende der deutschen Arbeiterbewegung

Revolution und polnischer Aufstand

Bereits im Spätsommer 1918 mehrten sich in der Provinz Posen Anzeichen, daß in die polnisch gesinnte Bevölkerung Unruhe gekommen war. Das wechselnde Hin und Her in den Beziehungen zwischen den Mittelmächten und der von ihnen eingesetzten polnischen Regierung, die Forderungen emigrierter Nationalpolen in Frankreich und den USA, wachsende Schwierigkeiten in der Ernährungslage und zunehmende Resignation bei den deutschen Behörden schufen Voraussetzungen für das, was sich nach dem 9. November 1918 in Posen in rascher Reihenfolge ereignen sollte.

Die ursprünglich von deutscher Seite ausgegangene Initiative zur Lösung der polnischen Frage während des Weltkrieges war bald – so stellt Gotthold Rhode fest ³⁹:

"von den Mittelmächten zu den Alliierten übergegangen, deren Interessen weit besser mit den polnischen Interessen in Einklang zu bringen waren. Die zwiespältige und schwankende deutsche Polenpolitik der Kriegsjahre, vor allem die Schaffung eines polnischen Staatsanfangs, hat auf beiden Seiten harte Kritik gefunden, die weitgehend berechtigt erscheint, soweit sie die mangelnde Vertrautheit mit den polnischen Verhältnissen und die zahlreichen Ungeschicklickeiten betrifft. Im Kern scheiterte sie aber an der Unvereinbarkeit der beiden polnischen Staatskonzeptionen — national betontes Groß-Polen oder föderativ aufgebautes übernationales Großreich mit polnischer Führung — mit den wechselnden deutschen Konzeptionen, von denen nur der Mitteleuropa-Plan Polen eine größere Rolle zubilligte."

Dabei stellte es sich heraus, wie zielbewußt polnischerseits sowohl von Pilsudski, Dmowski und Paderewski die Machtübernahme vorbereitet worden war, während die deutschen Stellen sich schwankend, ja gelähmt erwiesen.

Das sozialdemokratische Mitglied der Nationalversammlung, der Posener Abgeordnete Wilhelm August Schulz, hat in der 21. Sitzung der Nationalversammlung vom 5. März 1919, als die "Interpellation betreffend Zustände in der Provinz Posen" zur Debatte stand, zusammen mit anderen Abgeordneten die inzwischen in der Provinz eingetretene Sachlage kritisiert. Dabei mußten auch die Fehler der deutschen Ostmarkenpolitik der Vorkriegszeit Erwähnung finden.

39 Rhode, Gotthold, a. a. O. S. 449 ff.

³⁸h Mitteilungen des Sohnes Josef Gogowski-Lübeck. Jahresbericht des Arbeiter- und Gewerkschafts-Sekretariats Posen für das Jahr 1900 nebst Statistik über Wohnungsverhältnisse in der Provinz Posen. Verlag von Josef Gogowski-Posen, Druck von L. Kapeta, Posen 1901. 140 S.

Nach ihm hat dies auch der Abgeordnete Robert Sagawe-Lissa für die Christliche Volkspartei unterstrichen 40:

"Die verfehlte Polenpolitik des alten Regimes, die das Zentrum jeder Zeit als verhängnisvoll und den deutschen Interessen abträglich bekämpft hat, war leider nicht dazu angetan, moralische Eroberungen bei der polnischen Bevölkerung Posens zu machen."

Beide Abgeordnete haben aufgezeigt, daß zunächst die in vielen Orten gewählten Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte für geordnete Verhältnisse tätig wurden, ja daß noch der Teillandtag Anfang Dezember 1918 in Posen für eine Regelung einzutreten schien, die der Entscheidung der Friedenskonferenz nicht vorgreifen sollte. Dann aber schlug aus Kongreßpolen die Welle des Aufstands auch nach Posen hinüber. Der Einzug Paderewskis in Posen am 27. Dezember 1918 bildete das Signal für Handlungen, bei denen Übergriffe, Willkürakte und Mordtaten nicht ausblieben.

Abgeordneter Schulz berichtete von seinen Verhandlungen mit Arbeiter- und Soldatenräten in Posen, Bromberg, Gnesen, Hohensalza und Nakel, die sich zunächst positiv anzulassen schienen. In Wirklichkeit hatte die Rada Ludowa (= Polnischer Volksrat) ihre Entschlüsse längst gefaßt, Direktiven von Warschau erhalten und überspielte die Arbeiter- und Soldatenräte deutscher Nationalität. Schulz mußte bei persönlicher Inaugenscheinnahme im Hotel "Deutsches Haus" in Posen feststellen, daß sich dort nicht nur der Sitz des Polnischen Volksrats befand, sondern "daß sich über diesen polnischen Volksrat hinaus noch ein sogenannter Oberster Polnischer Volksrat etablierte". Schulz kennzeichnete die eingetretene Situation mit den Worten: "Die Polen hatten sich die Waffen gesichert, und als dann der sogenannte polnische Teillandtag einberufen wurde, suchte man im Staate selbst einen Staat zu errichten." Andere Abgeordnete mußten darauf verweisen, "daß die Verwaltung fast restlos in polnischen Händen ist". Geiselnahme, Flüchtlingselend, Ernährungsnöte, bewaffnete Auseinandersetzungen führten angesichts der Machtlosigkeit des Deutschen Reiches nach dem Aufstand vom 27. Dezember 1918 zur einstweiligen Festsetzung einer Demarkationslinie, ehe der Versailler Friedensvertrag vollendete Tatsachen zugunsten Polens schuf.

Die Wahlen zur Nationalversammlung

In den vorläufig bei Deutschland verbliebenen Teilen des Wahlkreises 8 (Posen) wurden am 19. Januar 1919 Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung durchgeführt. Dabei erhielten die Deutschnationalen 110 502 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 54 883, die Christliche Volkspartei (Zentrum) 33 640, die Deutsche Demokratische Partei 72 266 und die Sozialdemokraten 53 297 Wählerstimmen.

Es wurden in die Deutsche Nationalversammlung gewählt: Fünf Abgeord-

⁴⁰ Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20. Berlin 1920. 9 Bände. Hier Bd. III, S. 1244-1320.

nete der DNVP, drei von der DVP, ebenfalls drei für die DDP, zwei für die SPD und einer von der Christlichen Volkspartei (Zentrum).

Bei den Deutschnationalen waren dies der Bromberger Landgerichtsrat Georg Schultz (geb. 1860 Karolewo, Kreis Bromberg), bereits MdR von 1907—1918, ferner der Landwirt Wilhelm Ohler aus Grabitz im Kreis Birnbaum, der Geheime Finanzrat Alfred Hugenberg, der Landwirt Karl Kreft aus Lakomowo/Bromberg (geb. 1879 Kirchlengern, Kreis Herford) und der Posener Arbeitersekretär Friedrich Knollmann (geb. 1880), der seit 1909 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig war. Die Deutsche Volkspartei entsandte den Verbandsdirektor im Landwirtschaftlichen Verband deutscher Genossenschaften der Provinz Posen, Heinrich Reinecke (geb. 1868 in Lippe-Detmold), Schulrat August Beuermann aus Fraustadt (geb. 1867 Elvershausen) und den Bromberger Pfarrer Julius Aßmann (geb. 1868 Posen).

Für die Christliche Volkspartei/Zentrum war der Gewerkschaftssekretär Robert Sagave aus Lissa (geb. 1876 Langseifersdorf) vom Verband der katholischen Arbeitervereine gewählt worden. Die Deutsche Demokratische Partei konnte überraschend drei Abgeordnete durchbringen, nämlich den Akademieprofessor Dr. Alfred Herrmann aus Posen (geb. 1879 in Hohensalza), den Bromberger Rechtsanwalt Moritz Bärwald (geb. 1860 Thorn) und die Posener Mittelschullehrerin Elise Ekke (geb. 1877 Krotoschin).

Die SPD war durch zwei Abgeordnete vertreten, den Bromberger Gewerkschaftssekretär Wilhelm August Schulz (geb. 1870 Potsdam), seit 1903 in Posen, seit 1913 Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes für Posen und Westpreußen, ferner den Bromberger Gewerkschaftssekretär Paul Stoessel (geb. 1871), Redakteur der "Posener Volkszeitung" und Kreisvorsitzender der SPD. Stoessel legte sein Mandat nieder, da er gleichzeitig in die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt worden war. Ihm folgte die Berliner Schriftstellerin Lodahl. Die Polen hatten sich — wie auch in Westpreußen und Oberschlesien — an der Wahl nicht beteiligt.

Die Wahlen zur Preußischen Landesversammlung

Die am 26. Januar 1919 abgehaltenen Wahlen zur Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung erbrachten für den Wahlkreis Posen neun Abgeordnete der Deutschnationalen, vier der Demokraten, drei der Volkspartei, drei der SPD und zwei des Zentrums. Für die SPD waren der Eisenbahner Karl Rosebrock, der Porzellandreher August Winter und der Gewerkschaftssekretär Paul Stoessel gewählt worden. Auch unter den Abgeordneten der anderen Parteien gab es Repräsentanten der Arbeiterbewegung, so bei den Demokraten Heinrich Buers vom Deutschen Werkmeisterverband für Posen und Schlesien, bei den Deutschnationalen Gottlieb Köhler von den evangelischen Volks- und Arbeitervereinen. Für die Deutschnationalen zogen aus dem Wahlkreis Posen auch zwei später bekannt gewordene Abgeordnete in den preußischen Landtag, nämlich Professor Hoetzsch und Landrat von Kardorff.

Die Abtretung der Provinz

Die Reichsregierung hat sich im Laufe der letzten Monate des Jahres 1918 und Anfang 1919 wiederholt mit den Verhältnissen in der Provinz Posen beschäftigen müssen. Angesichts blutiger Zwischenfälle und wachsender Terrorherrschaft von Banden spielte die Aufstellung eines Grenzschutzes eine Rolle. Das war naturgemäß angesichts der Auflösungserscheinungen im alten Heer und bei dem Mißtrauen gegenüber Freiwilligenverbänden und Freikorps eine heikle Angelegenheit.

Nachdem bereits in gemeinsamen Sitzungen von Reichsregierung, preußischem Kabinett und Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte im November und Dezember 1918 die Lage in der Provinz Posen mehrfach erörtert worden war, auch unter Berücksichtigung der Resolutionen einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen vom 20. November 1918, spielte die rasche Erledigung dringendster Ernährungsnotstände einen ständigen Tagungsordnungspunkt. Aus den Berichten des Regierungspräsidenten von Bromberg geht hervor, daß die preußischen Minister Hirsch und Ernst Informationsreisen nach Posen unternommen haben, bei denen auch Personalangelegenheiten der Verwaltung besprochen wurden.

Alles erwies sich schließlich jedoch als vergeblich; auch die "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden", welche die Nationalversammlung am 12. Mai 1919 in der Neuen Aula der Universität Berlin abhielt und bei der außer Scheidemann für die Reichsministerien und Hirsch für das preußische Staatsministerium namhafte Abgeordnete aller Parteien aus Ostdeutschland das Wort ergriffen haben. Hugo Haase sprach gewiß allen aus der Seele, als er feststellte:

"Die Friedensbedingungen stehen in schroffstem Widerspruch zu den Grundsätzen, die meine Freunde und ich während der ganzen Kriegsdauer für den Frieden aufgestellt haben."

Die Provinz Posen ging verloren. Am 20. Januar 1920 rückten polnische Truppen in das bis zuletzt in deutschen Händen verbliebene Bromberg ein. Hunderttausende mußten sogleich oder später von der Heimat Abschied nehmen, weil sie für Deutschland optierten oder als Beamte sonst ihre Rechte verloren hätten und sich in den beim Deutschen Reich verbliebenen Gebieten eine neue Existenz aufbauen konnten. Andere blieben als nunmehr polnische Staatsangehörige deutscher Nationalität; ihr Leidensweg sollte keineswegs beendet sein. Eine deutsche Arbeiterbewegung existierte in freilich schwächerem Umfang auch im Posenschen weiter. Ihre Anhänger sollten in den Zeitläuften bis 1945 noch manches Auf und Ab erleben.

Literaturverzeichnis

- Bertram, Jürgen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Düsseldorf 1924.
- Broesike, Max: Polen und Deutsche der Provinz Posen im Lichte der Statistik. Berlin 1910.
- Broszat, Martin: 200 Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963.
- Danilczuk, Boleslaw: Działalność SPD i PPS zaboru pruskiego w Posnańskiem w latach 1891—1914. Thorn 1962.
- Eismann, Werner: Posen Polens deutschsprachiges Schaufenster nach dem Westen. In: Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote, 11. Jg. Nr. 8, August 1963.
- Fechner, Helmuth: Deutschland und Polen. Würzburg 1964.
- G e i s s , Imanuel: Der polnische Grenzstreifen 1914—1918. Lübeck 1960.
- Hangen, F.: Landwirtschaftliche Gesellschaftsreise durch Posen und Westpreußen. Berlin 1909.
- Harnier, von, Alexander: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes im Lande der Netze und Warthe. Essen 1971.
- Heike, Otto: Das Deutschtum in Polen 1918-1939. Bonn 1955.
 - " : Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835—1945. Dortmund 1969.
- Jablonowski, Horst: Die Preußische Polenpolitik von 1815—1914. Heft 69. Schriftenreihe Gött. Ak. Würzburg. o. J.
- Katzenstein, Simon: Die Reichstagswahlen. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1898.
- Kurth, Otto: Die Ostmark Posen und ihre Bedeutung für Preußen-Deutschland. Berlin 1903.
- Laubert, Manfred: Die Behandlung der Posener Teilnehmer am Warschauer Novemberaufstand von 1830/31. Marburg 1954.
- Mai, J.: Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885/87. Berlin 1962.
- Nettl, Peter: Rosa Luxemburg. Köln/Berlin 1965.
- Ohlhoff, Gerhard: Das Jahr 1919 in Bromberg. Wilhelmshaven 1969.
- Rehfeld, Klaus Helmut: Die Preußische Verwaltung des Reg.-Bez. Bromberg 1848—1871. Köln 1968.
- Rhode, Arthur: Geschichte der evangelischen Kirchen im Posener Lande. Würzburg 1956.
- Rhode, Gotthold: Das Deutschtum in Posen und Pommerellen in der Zeit der Weimarer Republik. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln 1966. S. 88 ff.
 - ": Das Deutschtum in Polen 1918—1939. Bonn 1955.
- Swart, Friedrich: Diesseits und jenseits der Grenze. Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land. Leer 1954.
- Ströbele: Eine Fahrt in die Ansiedlungsgebiete in Posen und Westpreußen. Berlin 1911.

- Szumowski, Zbigniew: Die Arbeiterbewegung in Posen bis 1918. In: Tausend Jahre Posen. Posnan 1956.
- W a g n e r , Hermann: Die Land- und Forstwirtschaft in Posen und Westpreußen. Sonderdruck aus: Die deutsche Ostmark. Lissa 1913.
- Wehler, Hans-Ulrich: Sozialdemokratie und Nationalstaat. Würzburg 1962.
- Wotschke, Theodor: Das Evangelium unter dem Kreuz im Lande Posen. Posen 1917.
- o. V.: Aus Posens kirchlicher Vergangenheit, Jahrbuch des Eevangelischen Vereins f. d. Kirchengeschichte der Provinz Posen. Lissa 1913.
 - " : Für Volk und Kirche. Zum 50. Bestehen des Landesverbandes für Innere Mission in Polen. Posen 1928.
 - ": Grenzmärkische Heimatblätter. Schneidemühl 1931—1938.
 - " : 700 Jahre Posen. Berlin 1953.
 - ": Deutsch-slawische Wechselseitigkeit in 7 Jahrhunderten. Festschrift für Eduard Winter. Berlin 1956.
 - ": Drucksache zu Nr. 2 der Tagesordnung der Sitzung der Ansiedlungskommission vom 29. Januar 1912. Ergebnis einer Untersuchung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Arbeiterrentenstellen der Ansiedlungskommission.
 - " : Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20. Berlin 1920, Bd. I—IX. III/S. 1244 ff.